

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

## HOMEPAGE

- 2 Neu eingestellt: Sonderausgabe „Sozialdemokratische Köpfe“ und Fotos von der Eröffnung des SPD-Parteihauses Köln

## WAHLKREIS

- 2 Veranstaltung zum Thema Klimaschutz und Energiepolitik mit Sigmar Gabriel am 20. Mai (Einladung)
- 2 Plädoyer für bessere Integration bei Diskussionsveranstaltung mit Sebastian Edathy, MdB (Bericht)
- 3 Viel Prominenz und Zulauf bei den SPD-Frühjahrsempfangen im Wahlkreis mit Ulla Schmidt, Hannelore Kraft, Martin Schulz und Peer Steinbrück (Bericht)

## NRW

- 5 Bericht zum Landesparteitag der NRWSPD

## BUNDESTAG

- 6 Digitale Spaltung überwinden – Große Koalition will Breitbandversorgung schnell verbessern
- 6 Veranstaltung der SPD-Fraktion zur Breitbandversorgung in Kommunen
- 7 Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Breitbandausbau
- 9 EU-Reformvertrag als Grundlage für ein soziales Europa
- 10 Reform der Pflegeversicherung
- 12 Zusätzliche Rentenerhöhung

- 13 Gastbeitrag von Peter Struck zu 5 Jahren Agenda 2010
- 14 Sozialdemokratische Akzente: Die Arbeitsmarktpolitik der Großen Koalition
- 17 Neufassung des Stammzellengesetzes

## SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 18 Vorgestellt: Thomas Oppermann

## INFOS UND IMPRESSUM

- 19 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 29.4.2008



Am 20. Mai spricht Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** in Köln zum Thema „Energieprobleme und Klimakollaps – Für eine nachhaltige Klimaschutz- und Energiepolitik“ (Einladung auf Seite 2)

Neu eingestellt auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

### Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten

In der „Berlin Depesche“ erscheint seit vielen Jahren unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene, exklusive Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen. **35 Portraits** haben wir nun in einer **Sonderausgabe** zusammengefasst, die auf der Startseite der Homepage eingestellt ist.



### Fotos von der Eröffnung des SPD-Parteihauses Köln

Am 17. Februar wurde das komplett umgebaute SPD-Parteihaus an der Magnusstraße offiziell eröffnet (siehe Bericht in der letzten Berlin Depesche).

Eine Auswahl von Bildern der Eröffnungsfeier sind nun auf der Unterseite „Fotos“ eingestellt.

## WAHLKREIS

„Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

### Energieprobleme und Klimakollaps: Für eine nachhaltige Klimaschutz- und Energiepolitik

Vortrag und Diskussion mit:

**Sigmar Gabriel, MdB**

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

**Dienstag, 20. Mai 2008, 19:00 Uhr**

Horion-Haus des Landschaftsverbands Rheinland

Hermann-Plünder-Straße 1, 50679 Köln-Deutz

### Plädoyer für bessere Integration bei Veranstaltung mit Sebastian Edathy

Auf Einladung der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten fand am 14. April eine weitere Veranstaltung in der Reihe „Fraktion vor Ort“ statt. Unter dem Motto „**Mittendrin statt nur dabei - Warum Integration wichtig für unser Zusammenleben ist!**“ konnte **Martin Dörmann** rund 200 Gäste begrüßen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete und Integrationsexpertin **Lale Akgün** führte in das Thema ein, danach referierte der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestags, **Sebastian Edathy** (SPD). Schauspielerin **Sema Meray** schilderte ihre Erfahrungen mit dem Theaterstück „Wegen der Ehre“.

Die anschließende Diskussion mit den Gästen um Stichworte wie Ehrenmorde, Zwangsheiraten, Moscheebau, neue Grundlagen des Zusammenlebens, Bildung und Ausbildung sowie Assimilation zeigte deutlich: Integration ist auch weiterhin ein sehr wichtiges politisches Thema. Fazit: Einwanderer sollen in die Gesellschaft aufgenommen und dürfen nicht ausgegrenzt werden.



**Sebastian Edathy**

Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages war zu Gast in Köln

### Ulla Schmidt, Hannelore Kraft, Peer Steinbrück und Martin Schulz waren zu Gast

Die traditionellen SPD-Frühjahrsempfänge im Wahlkreis stießen wieder auf viel Zuspruch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Für sie bestand wie immer die Möglichkeit, nach den Vorträgen mit den prominenten Rednern sowie den örtlichen Kommunalpolitikern und Abgeordneten ins Gespräch zu kommen.

#### ■ Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk mit Peer Steinbrück

Der Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk am 25. April stand diesmal unter dem Motto "Solidarische Gesellschaft und handlungsfähiger Staat". Stadtbezirksvorsitzende **Susana dos Santos-Herrmann** begrüßte die gut 120 Gäste in der Gemeinschaftsgrundschule Vingst.

Prominenter Redner war Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück**, einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD. Gerade eine Gesellschaft, die die Schwachen schützen und unterstützen wolle, brauche einen handlungsfähigen Staat, so Steinbrück. Besonders wichtig sei eine gezielte Förderung der Bildung und der dafür notwendigen Infrastruktur. Eine gute Bildung und Ausbildung sei die beste Voraussetzung, dass Menschen erst gar nicht in soziale Schieflagen gerieten. Hierfür stehe das SPD-Konzept eines „vorsorgenden Sozialstaates“.

Immer höhere Schulden aber würden den politischen Spielraum aufgrund der hohen Zinsbelastung zunehmend einengen. Deshalb wolle er weiter konsequent den Weg der Haushaltskonsolidierung und des Abbaus der Neuverschuldung gehen. Immerhin habe angesichts der Staatsverschuldung rechnerisch jeder Bürger in der Bundesrepublik bereits 20.000 € Schulden auf dem Buckel.

Steinbrück hob hervor, dass es sich bei dem Modell der SPD zur Bahnreform nicht um einen Ausverkauf der Bahn handele, sondern lediglich um

eine Möglichkeit, der Bahn die finanziellen Mittel für notwendige Investitionen zur Verfügung zu stellen, ohne den Bundeshaushalt zu belasten: „Die Anleger sollen bei unserem Modell keine Einflussmöglichkeiten auf das Unternehmen haben, es können auch keine „Heuschrecken“ das Unternehmen abgrasen.“



**Peer Steinbrück mit Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes bei der Kalker Veranstaltung. Der Minister hob die Bedeutung des Ehrenamtes hervor und lobte beispielhaft den Veedel e.V., den er vor gut einem Jahr in Ostheim besucht hatte.**

Nach einer kurzen Diskussion ging **Oliver Kreams**, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Kalk, auf die drängenden politischen Themen im Stadtbezirk ein, denen sich die örtliche SPD weiter aktiv annehmen werde.

#### ■ Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt mit Ulla Schmidt

Rund 150 Gäste konnte Stadtbezirksvorsitzender **Karl-Heinz Walter** zum Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Innenstadt am 20. April 2008 im Alten Pfandhaus begrüßen.

Gastrednerin war **Ulla Schmidt**. Die Bundesgesundheitsministerin ging zunächst auf die Reform der Pflegeversicherung ein, die am 1. Juli in Kraft tritt (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Sie hob hervor, dass die geplanten Pflegestationen eine große Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen. Ganz ohne bürokratischen Aufwand sollen Angehörige von pflegebedürftigen Menschen hier Unterstützung bei den alltäglichen Problemen rund um die Pflege erhalten.

„Es ist wichtig, dass unser Gesundheitssystem solidarisch bleibt, denn alle sollen die gleichen Leistungen erhalten können und am Fortschritt der neuen Technologien teilnehmen“, so Ulla Schmidt. Sie erläuterte den von der Großen Koalition beschlossenen Gesundheitsfonds. Zugleich betonte

sie: „Wir Sozialdemokraten kämpfen weiter für eine gerechte Bürgerversicherung.“



Auch in der Frage eines Mindestlohns positionierte Ulla Schmidt sich klar. Sie könne nicht verstehen, dass sich die Kirchen als Einrichtungen mit sozialem Anspruch gegen einen Mindestlohn aussprechen.



## ■ Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll mit Martin Schulz

Über 200 Gäste kamen am 28. Februar 2008 zum **28. Frühjahrsempfang** des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll in den Saal des Bezirksrathauses in Porz. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Martin Schulz** widmete sich in seiner engagierten Rede dem Thema „**Europa sozial gestalten**“. Zuvor hatte **Martin Dörmann** zu bundespolitischen Fragen gesprochen und die sozialdemokratischen Akzente in der Großen Koalition betont.



Kölns SPD-Vorsitzender Jochen Ott, Stadtbezirksvorsitzender Ingo Jureck, Martin Schulz und Martin Dörmann in Porz (v.l.)



Martin Schulz, der von der SPD als Nachfolger des ausscheidenden EU-Kommissars Verheugen unterstützt wird, hielt eine engagierte europäische Rede



Gut gelaunt: Martin Schulz und Martin Dörmann



Unterstützung für den Bauspielplatz Senkelsgraben: Marion Tillmann, Martin Schulz, Max und Dina Hingst

## ■ Frühjahrsempfang des SPD-Ortsvereins Rath/Heumar mit Hannelore Kraft

Über 100 Besucher aus Rath/Heumar und Umgebung folgten am 9. März einer Einladung der SPD Rath/Heumar zum traditionellen Frühjahrsempfang im Bürger- und Vereinszentrum. In diesem Jahr konnten die Sozialdemokraten die Vorsitzende der Landtagsfraktion und Chefin der **NRWSPD Hannelore Kraft** als prominente Rednerin willkommen heißen.

**Oliver Krems**, Vorsitzender der Rather SPD und der Kalker Sozialdemokraten in der Bezirksvertretung, begrüßte die Gäste und hatte zu Beginn der Veranstaltung gute Nachrichten für die Rather Bürgerinnen und Bürger. Er berichtete über die gerade beschlossene Vergabe der bezirkseigenen Mittel, bei denen auch einige Rather Anträge berücksichtigt wurden.



Anschließend ging **Martin Dörmann** auf bundespolitische Themen ein, bevor Hannelore Kraft zur Landespolitik sprach. Sie ging dabei hart mit der schwarz/gelben Landesregierung ins Gericht und verwies auf schwerwiegende Versäumnisse und Fehlentscheidungen, insbesondere in der Bildungspolitik.

"Unsere Kinder werden mit neun Jahren selektiert und in Schubladen gesteckt aus denen sie nicht mehr herauskommen", so Kraft, die das Drei-Gliedrige-Schulsystem deutlich kritisierte und auf das neue SPD-Bildungsprogramm "Beste Bildung für alle" ([www.beste-bildung.de](http://www.beste-bildung.de)) hinwies. Die Union sei in NRW die einzige Partei, die weiterhin an diesem Schulsystem festhielt. Die SPD setzt dagegen auf das Zukunftsmodell Gemeinschaftsschule.

## Landesparteitag der NRWSPD bestätigt Hannelore Kraft im Amt

### Kölner SPD-Parteichef Jochen Ott in die SPD-Landes Spitze gewählt

Auf dem SPD-Landesparteitag "Starke Städte. Starkes Land" am 5. April in Düsseldorf ist **Hannelore Kraft** mit hervorragenden 96,61% erneut zur Landesvorsitzenden gewählt worden. **Britta Altenkamp**, **Birgit Fischer**, **Jochen Ott** und **Ute Schäfer** wurden als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt. **Michael Groschek** wurde als Generalsekretär, **Norbert Römer** als Schatzmeister bestätigt.

Der 33jährige Kölner SPD-Parteichef Jochen Ott erhielt bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der NRWSPD 262 Stimmen. **Gabriele Hammelrath**, Ott's Stellvertreterin in der Kölner SPD sagte: "Wir freuen uns über den tollen Erfolg von Jochen Ott. Seine Wahl zum Stellvertretender von NRWSPD Landeschefin Hannelore Kraft ist als landesweite Anerkennung seiner hervorragenden Arbeit, insbesondere für eine neue Bildungspolitik in NRW, zu verstehen".

Der Kölner SPD-Fraktionschef **Martin Börschel** kommentierte das Wahlergebnis so: „Die Wahl von Jochen Ott zum Vizechef der NRWSPD stärkt den Einfluss von Köln und der Region auf der Landesebene. Es wird auch die Aufbruchstimmung der Kölner SPD von der Landespartei honoriert und nicht zuletzt kommt durch die Wahl des Kommunalpolitikers Jochen Ott auch der hohe Stellenwert der Kommunalpolitik in der Landespolitik zum Tragen“.



**Hannelore Kraft vor den Delegierten**

Hannelore Kraft zeigte in ihrer Rede selbstbewusst Siegeswillen für die kommenden vier Wahlen in elf Monaten in Nordrhein-Westfalen. Sie unterstrich dabei, dass sich die NRWSPD mit den richtigen Inhalten um die Themen kümmere, die die Menschen im Land wirklich beschäftigten: „Sie wollen wie wir eine Bürgerversicherung und keine Kopfpauschale, sie wollen wie wir den Mindestlohn, sie sagen wie wir: Kibiz ist Mumpitz, sie wollen wie wir längeres gemeinsames Lernen und sie sagen wie wir: Weg mit den Studiengebühren.“

Im Hinblick auf Spekulationen verschiedener Medien zur NRW-Landtagswahl sagte Kraft: „76 Prozent der Menschen wollen, dass sich die Parteien um ihr inhaltliches Profil kümmern - und nicht um die Frage möglicher Koa-

litionspartner.“ Von Umfragen nach potenziellen Wahlergebnissen, die nur Wasserstandsmeldungen seien, lasse sich die NRWSPD in ihrer Politik für das Land nicht beirren. „Wir haben das bessere Angebot für Nordrhein-Westfalen. Deswegen werden wir es packen bei den kommenden Wahlen.“



**Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck gratuliert Hannelore Kraft zur Wiederwahl als Landesvorsitzende**

Für das ganze Land gelte, dass NRW eine neue Politik brauche, so Kraft: „Die Politik dieser Regierung, die Politik dieser Koalition ist schlecht für unser Land.“ Nach knapp drei Jahren Schwarz-Gelb stehe fest: „Die können es einfach nicht.“

Mit Regierungsübernahme habe CDU und FDP einen beispiellosen Raubzug bei den Kommunen begonnen, der mit dem Urteil des Verfassungsgerichtes in Münster sogar amtlich sei: „Das Gericht hat bestätigt, was wir immer gesagt haben: Die schwarz-gelbe Koalition hat sich feiern lassen für eine angebliche Haushaltskonsolidierung. Dabei haben sie - trotz hoher Steuermehreinnahmen - diese Konsolidierung nicht selbst gestemmt. Sie haben sie von den Kommunen bezahlen lassen, alleine über den Solidarpakt 1,5 Milliarden Euro. Schwarz-Gelb entlastet sich auf Kosten der Kommunen - das ist der Skandal!“

Hannelore Kraft erinnerte vor den Parteitagsdelegierten auch an den Landeshaushalt 2006: „Beim Sozialen, bei Kinder und Jugend, bei den Kindergärten - überall wurde radikal gekürzt.“ Ministerpräsident Jürgen Rüttgers habe zwar damals das Jahr der Kinder ausgerufen. Seine wahre Politik lautete aber: "Kürzen bei den Kurzen". Den Kommunen wurden seitdem Jahr für Jahr zum Beispiel bei Grunderwerbsteuer und Krankenhausfinanzierung weitere 480 Millionen Euro weggenommen. „Wenn sie wirklich jedem Kind eine Chance geben wollten, dann wäre es das Beste, das Kinderbildungsgesetz, das Schulgesetz, das Hochschulgesetz und die Studiengebühren einzustampfen“, forderte Kraft von der schwarz-gelben Landesregierung unter dem Beifall der Delegierten.

## Große Koalition will „Digitale Spaltung“ überwinden

### Breitbandinternet soll flächendeckend vorangebracht werden

Der Bundestag hat am 7. März 2008 den Koalitionsantrag „Breitbandversorgung in ländlichen Räumen schnell verbessern“ verabschiedet, der von **Martin Dörmann** als zuständigem SPD-Berichtersteller miterarbeitet wurde.

Auch die in ländlichen Regionen lebenden Menschen müssen an der zunehmend internetbasierten Informationsgesellschaft teilhaben können. Im vergangenen Jahr stand Deutschland beim absoluten Zuwachs an Breitbandinternetanschlüssen an der Spitze Europas. Aber rund 700 eher ländliche Gemeinden sind derzeit noch von dieser positiven Entwicklung abgekoppelt und verfügen über keine Breitbandversorgung, doppelt so viele nur über eine unzureichende.

Die Koalition will diese „Digitale Kluft“ überwinden und mit einem Maßnahmenbündel zu einer flächendeckenden Breitbandversorgung beitragen. Vorrangig setzen die Koalitionsfraktionen auf den dynamischen Wettbewerb. Bereits heute bestehen neben DSL unterschiedliche technische Möglichkeiten der Breitbandversorgung, von Kabelnetzen bis hin zu modernen Funktechnologien, die von einer Vielzahl von Unternehmen angeboten werden.

Diese Entwicklung soll durch staatliche Förderprogramme unterstützt werden, weil sich der Ausbau in einigen Ge-

bieten sonst nicht rechnet. So sind seit 2008 mindestens zehn Millionen Euro Bundesmittel zur Förderung der Breitbandversorgung im Haushalt eingestellt, die durch Ländermittel ergänzt werden. Die Koalition setzt sich für einen Ausbau der staatlichen Förderung ein. Die Bundesregierung soll die zahlreichen Initiativen zum Breitbandausbau bündeln und unterstützen und die Informationsgrundlagen verbessern. Daneben wird es darauf ankommen, Frequenzen effizienter als bisher zu nutzen, um auch dünn besiedelte ländliche Regionen ohne aufwendige Leitungsverlegung über Funk an Breitbandinternet anzuschließen.

Zudem setzt sich die Koalition unter bestimmten Voraussetzungen für eine Änderung der EU-Universaldienstrichtlinie ein. Den EU-Mitgliedsstaaten soll die Option eröffnet werden, den Breitband-Internetanschluss als Universaldienst festzulegen, falls eine flächendeckende Versorgung nur so erreicht werden kann.

Schnelle Zugangsmöglichkeiten zum Internet sind nicht nur von grundlegender Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. Sie sind auch Voraussetzung dafür, einer sozialen Spaltung zu begegnen und Chancengleichheit zu ermöglichen.

## Viel Lob für Veranstaltung der SPD-Fraktion zum Breitbandausbau

### 200 Kommunalpolitiker und Branchenvertreter diskutierten in Berlin

Auf Initiative von **Martin Dörmann**, stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, trafen sich in Berlin rund 200 Kommunalpolitiker und Branchenvertreter, um darüber zu diskutieren, wie die „Digitale Kluft“ überwunden und die Situation in unterversorgten Gebieten verbessert werden kann.



**Zahlreiche Gäste aus ganz Deutschland kamen in den SPD-Fraktionssaal im Reichstag**

Die Gäste, zu denen Bürgermeister, Gemeinderäte und Initiativen aus allen Teilen der Republik gehörten, berichteten über die Unterversorgung in ihren Gemeinden. Sie mahnten an, dass auch die Bewohner auf dem Land, in den Dörfern und kleinen Städten von der modernen Entwicklung profitieren. Genau das will die Große Koalition will mit einem Maßnahmenbündel für eine flächende-

ckende Breitbandversorgung erreichen (siehe Artikel oben).

Die Veranstaltung befasste sich mit den politischen, technischen und finanziellen Rahmenbedingungen. Bereits heute bestehen neben DSL unterschiedliche technische Möglichkeiten der Breitbandversorgung, von Kabelnetzen bis hin zu modernen Funktechnologien, die von einer Vielzahl von Unternehmen angeboten werden. Diese wurden neben Hilfestellungen und Best-practice-Beispielen von sachkundigen Experten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden näher vorgestellt. Die Veranstaltung erhielt viel Lob von allen Seiten.



**Führende Experten standen Rede und Antwort**



### Rede vom 7. März 2008 zur Einbringung des Antrages der Großen Koalition „Breitbandversorgung in ländlichen Räumen schnell verbessern“

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bedeutung des Internets wächst täglich. Die CeBIT hat in dieser Woche zahlreiche weitere Beispiele dafür gebracht. Immer mehr Dienste und Dienstleistungen werden im Internet angeboten, die die Bürgerinnen und Bürger täglich nutzen. Stichworte sind: Warenbestellungen per Internet, Onlinebanking, Kommunikationsforen, an denen man teilnehmen kann, Weiterbildungsangebote und schließlich auch die Möglichkeit, Telearbeitsplätze über das Internet zu bedienen.

Um diese Dienste adäquat nutzen zu können, reicht es nicht mehr, mit der herkömmlichen ISDN-Technik zu arbeiten, weil sie oft zu langsam ist. Nein, wir brauchen schnelle Internetzugänge mit hohen Bandbreiten. Erfreulich ist, dass in Deutschland auf diesem Gebiet eine sehr positive Entwicklung festzustellen ist. Wir nähern uns der Zahl von 20 Millionen Breitbandanschlüssen; gerade im letzten Jahr kamen 5 Millionen neue Anschlüsse hinzu. Damit liegen wir hinsichtlich der Quantität und auch der Qualität der Anschlüsse europaweit an der Spitze.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)*

Funktionierender Wettbewerb sorgt für niedrige Preise. Aber von dieser positiven Entwicklung drohen einige ländliche Regionen abgekoppelt zu werden. Das muss uns mit Sorge erfüllen. Es wurde auf den von der Bundesregierung erstellten Breitbandatlas hingewiesen. Aus ihm geht hervor, dass für 97 Prozent der Haushalte die Möglichkeit besteht, einen Breitbandanschluss zu nutzen. Hierzu ist aber zu sagen, dass die Bandbreite für solche Anschlüsse heute höher liegt als noch vor einigen Jahren, weil die technische Entwicklung einfach fortschreitet. Wir brauchen heute realistischerweise Übertragungsraten von 1 Mbit pro Sekunde, damit wir die neuen Angebote auch wirklich nutzen können.

Vor diesem Hintergrund ist die Zahl, die Frau Kollegin Krogmann genannt hat, richtig: Wir müssen davon ausgehen, dass über 2 000 Gemeinden nicht über adäquate Anschlussmöglichkeiten verfügen. Das betrifft mindestens 1 Million Menschen und, wenn man noch höhere Bandbreiten zugrunde legt, möglicherweise auch noch viel mehr. Das bringt einen immensen Standortnachteil für die betroffenen Regionen und einen persönlichen Nachteil für die Betroffenen mit sich. Sie werden, da sie nicht an den Fortschritten der Informationsgesellschaft teilhaben können, von kultureller Entwicklung und sozialer Integration abgekoppelt. Deshalb muss es unser Ziel sein, die Möglichkeiten der Informationsgesellschaft für alle Menschen

nutzbar zu machen, indem wir breitbandige Internetzugänge flächendeckend anbieten.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)*

Die Große Koalition will die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern, damit das möglich wird. Hierzu haben wir ein Maßnahmenbündel geschnürt. Es reicht von staatlichen Fördermaßnahmen, die ergänzend eingesetzt werden sollen, über die Verbesserung der Informationsgrundlagen bis hin zu unterstützenden und koordinierenden Angeboten für die betroffenen Gemeinden. Dieses Konzept wollen wir aber mit den Beteiligten gemeinsam entwickeln. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen genauso zusammenarbeiten wie auch die Unternehmen und die Nutzer solcher Angebote.



Deshalb, sehr geehrter Herr Otto, sind Ihre Ausführungen hierzu völlig falsch. Die Große Koalition hat nämlich diesen Grundsatz im letzten Jahr wirklich befolgt, indem sie die Beteiligten an runden Tischen zusammengebracht hat, *(Dr. Martina Krogmann (CDU/CSU): So ist es!)*

die dann in diesen Runden Überlegungen angestellt haben, was zu tun ist, um hier weiterzukommen.

*(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)*

Deshalb ist auch Ihre Behauptung falsch, dass wir hier Ihren Forderungen hinterherhechelten. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben ohnehin nur einen Ausschnitt der Lösungsmöglichkeiten in Ihrem Antrag. Insofern ist der viel zu dünn. Nächstes Mal sollten Sie nicht einen schmalbandigen, sondern wie die Große Koalition einen breitbandigen Antrag vorlegen.

*(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)*

Es ist auch falsch, zu behaupten, dass wir nicht auf Wettbewerb setzen. Im Gegenteil! Es ist gerade der dynamische Wettbewerb in Deutschland, der uns bei der Verbreitung des Breitbandes nach vorne gebracht hat. Hier sind die Chancen überhaupt noch nicht ausgenutzt. Gerade in den ländli-

chen Räumen besteht die Möglichkeit, nicht nur auf DSL zu setzen, was aus Kostengründen sehr schwierig ist, weil der Ausbau von DSL ein Mehrfaches von dem kostet, was andere Technologien an dieser Stelle kosten würden. Es stehen neue Funktechnologien zur Verfügung, die geradezu prädestiniert sind, im ländlichen Raum genutzt zu werden. Leider ist die Diskussion in Deutschland viel zu sehr fixiert auf DSL, weil es nun einmal 95 Prozent der Anschlüsse in diesem Bereich gibt. Aber es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, angefangen von den Kabelnetzen über moderne Glasfasernetze bis hin zu Satelliten und modernen Funktechnologien, zum Beispiel WiMAX. Das muss genutzt werden.

Erfreulicherweise konnten wir gerade in den letzten Monaten feststellen, dass sich immer mehr Initiativen gebildet haben, um gerade diese Chancen zu nutzen. Es wurde schon erwähnt, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Konzept vorgelegt hat, das wir unterstützen. Es sind Wettbewerbsverbände, zum Beispiel VATM, unterwegs. Das alles sind sehr gute Initiativen, die durch Breitbandinitiativen von Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ergänzt werden.

„Vor Ort“ ist das Stichwort. In erster Linie kommt es darauf an, dass sich die Beteiligten vor Ort zusammensetzen, ausloten, welche Möglichkeiten es an dieser Stelle gibt, den Ausbau voranzutreiben, welche Technologien sinnvollerweise vielleicht sogar in einem Mix anzusiedeln sind. In unserem Antrag ist ja bereits deutlich hervorgehoben worden, dass natürlich die Daten- und Informationsbasis stimmen muss. Insofern wollen wir, dass der Breitbandatlas der Bundesregierung – gut, dass es ihn seit 2005 gibt – verbessert wird.

*(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP): Verbessern ist gut!)*

Das ist eine unserer zentralen Forderungen in dem Antrag. Auch hier, Herr Otto, greift Ihr Vorwurf zu kurz. Wir haben erkannt das war beispielsweise das Ergebnis unseres runden Tisches im vergangenen Jahr, dass es für die Unternehmen, die investieren wollen, entscheidend darauf ankommt, zu wissen, wo die weißen Flecken sind, mit wem man sprechen muss, mit welchem Technologiemarkt man je nach topographischer Lage die Möglichkeit hat, zum Erfolg zu kommen.

*(Zuruf des Abg. Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP))*

Das alles wird vonseiten der Bundesregierung unterstützt. Der Breitbandatlas soll nach Vorstellungen der Großen Koalition entscheidend verbessert werden. Darüber hinaus soll eine Task Force eingesetzt werden, die ermittelt, wo weiße Flecken sind, und Hilfestellung anbietet.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Es wird immer noch Bereiche in den Gemeinden geben, wo man aus Kostengründen nicht zu einer schnelleren Ent-

wicklung kommt. Da sollen staatliche Förderprogramme zusätzlich eingestellt werden. Die 10 Millionen Euro, die jedes Jahr im Bundeshaushalt dafür zur Verfügung gestellt werden, sind bereits erwähnt worden. Erfreulicherweise sind es immer mehr Länder, die eigene Initiativen und Programme auflegen, durch die diese Mittel ergänzt werden.

Hinzu kommt eine effiziente Frequenzpolitik. Dabei kommt es darauf an, dass bei den Versteigerungen, die in diesem Bereich bereits stattgefunden haben oder noch stattfinden werden, darauf geachtet wird, dass da, wo es sinnvoll ist, Ausbaupflichtungen eingeschrieben werden. Wenn eine Frequenz ausgeschrieben wird, dann wird festgelegt, dass derjenige, der diese Frequenz hat und die Technologie entsprechend ausbaut, verpflichtet wird, bestimmte Gemeinden, die bisher noch nicht versorgt sind, mit anzuschließen. Das haben wir bereits bei den WBA-Frequenzen gemacht. Dort fand die Versteigerung 2006 statt. Da werden nun weitere Frequenzen anstehen.



Das Stichwort digitale Dividende spielt dabei auch eine Rolle. Hier geht es um Rundfunkfrequenzen, die sich besonders für Funktechnologien eignen, weil sie in einem niedrigen Frequenzbereich sind und deshalb relativ kostengünstig ausgebaut werden können. Da müssen wir ganz genau gucken, welche technischen Möglichkeiten es gibt, sicherzustellen, dass auf der einen Seite die Bedürfnisse und Entwicklungschancen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des Rundfunks insgesamt gewahrt werden, dass aber auf der anderen Seite das, was an Frequenzgewinn durch die Digitalisierung herauskommt, für den Breitbandausbau genutzt werden kann. Diesbezüglich gibt es zum Beispiel ein interessantes Pilotprojekt in Berlin-Brandenburg. Diese Ergebnisse müssen abgewartet werden. Dann wird man sehen, wie man dort vorankommt.

Ich möchte ein Thema aufgreifen, das in dem Antrag der Linken, aber auch von den Grünen genannt wird, nämlich den Universaldienst. Bisher sieht die EU ja Universaldienst nur in bestimmten Bereichen vor, nicht im Bereich der Breitbandinternetanschlüsse, weil dort in der Vergangenheit die Nutzungshäufigkeit noch nicht so hoch war, dass die Voraussetzungen erfüllt waren. Wir haben



aber mit einer Diskussion in der EU zu rechnen. Die Große Koalition sagt dazu: Wenn die Kommission in ihrem Grünbuch, das demnächst möglicherweise erstellt wird, zu einer entsprechenden Empfehlung kommt, dann unterstützen wir eine Änderung der Universaldienstrichtlinie, und zwar dergestalt, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, den Universaldienst auch auf Breitbandinternetanschlüsse auszudehnen. Dann sollen sie auch die Möglichkeit erhalten, die Kosten auf die Unternehmen umzulegen. Ich betone aber noch einmal: Das ist das letzte Mittel. In diesem Bereich wird immer noch entwickelt, und es gibt technologische Fortschritte. Es wäre doch unvernünftig, wenn wir eine Bürokratie schaffen würden, die erhebliche Verwaltungskosten zur Folge hätte, ehe wir alle anderen Chancen ausgelotet haben.

*(Martin Zeil (FDP): So ist es!)*

Ich habe gerade einige dieser anderen Bereiche genannt, die Frequenzpolitik zum Beispiel. Der Wettbewerb steht hier an erster Stelle. Wir haben die Hoffnung, dass unser Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen in den nächsten Jahren erreicht werden kann. Wir sagen aber genauso klar: Da unser Ziel so wichtig ist und es im Interesse aller Menschen und Regionen liegt, dass wir dieses Ziel erreichen, können wir die Umlage als letztes Mittel nicht ausschließen. Deshalb wollen wir eine Änderung der EU-Richtlinie erreichen.

Ich komme zum Schluss noch einmal auf die Anträge der Opposition zu sprechen:

Ich habe bereits gesagt, dass der FDP-Antrag nur die Information anspricht, sozusagen schmalban-

dig ist. Aus meiner Sicht ist das die Grundlage, aber noch nicht die Lösung.

Der Antrag der Linken ist unternehmensfixiert und beschränkt sich auf die Universaldienstrichtlinie. Sie haben nicht erkannt, dass die technologische Entwicklung den Wettbewerb interessant werden lässt, und zwar vor allem für den ländlichen Raum. In den nächsten Jahren werden uns Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, die wir in der Vergangenheit nicht hatten.

Zu dem Antrag der Grünen kann ich sagen die beiden anderen Oppositionsfraktionen könnten daraus etwas lernen: Die Grünen haben unseren Antrag fast abgeschrieben.

*(Horst Friedrich (Bayreuth) (FDP): Das sind alte, rot-grüne Bande!)*

Das erkennt man schon an der Gliederung. Unser Antrag stand ihnen ja auch frühzeitig zur Verfügung. Deswegen habe ich bis auf einige Nuancen wenig daran auszusetzen. FDP und Linke könnten da also von den Grünen lernen.

*(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)*

Mit ihrem Antrag hat die Große Koalition ein umfassendes Maßnahmenbündel vorgelegt, um den flächendeckenden Breitbandausbau in Deutschland voranzubringen. Wir wollen die „digitale Kluft“ überwinden und auch in den ländlichen Regionen eine gute soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft kann Deutschland seine Wachstumschancen nur so umfassend und nachhaltig nutzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)*

## EU-Reformvertrag als Grundlage für ein soziales Europa

Der Deutsche Bundestag hat sich mit einer deutlichen Mehrheit für den Lissabon-Vertrag ausgesprochen. 515 von 574 Abgeordneten stimmten für das Dokument. Am 23. Mai wird der Bundesrat abstimmen. Für die endgültige Ratifizierung ist dann die Unterschrift des Bundespräsidenten notwendig.

Der Vertrag soll zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Voraussetzung dafür ist, dass die Parlamente aller 27 EU-Mitgliedstaaten dem Reformvertrag zustimmen. Der Deutsche Bundestag ist das zwölfte Parlament, das dem Lissabon-Vertrag bereits zugestimmt hat.

Mit der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages gewinnen die Bürgerinnen und Bürger Europas. Es gewinnen die Parlamente, die Zivilgesellschaft, die Nationalstaaten, die Regionen und Europa selbst.

Durch die Stärkung des Europaeischen Parlaments und die Einführung eines Bürgerbegehrens wird es mehr Demokratie und Mitbestimmung in der EU

geben. Besonders wichtig ist der soziale Aspekt des Lissabon-Vertrags. In der Grundrechtecharta sind eine ganze Reihe sozialer Grundrechte enthalten, wie zum Beispiel die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht. Das Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs ist nicht mehr Ziel, sondern Instrument der EU und soll den Zielen der Vollbeschäftigung, des sozialen Fortschritts und der Preisstabilität dienen. Die Regelungen dieses Vertrages bieten beispielsweise auch für eine europarechtliche Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Grundlage - ein Anliegen, das vielen Bürgern und der SPD am Herzen liegt. Die vier Freiheiten des europäischen Binnenmarktes dürfen nämlich nicht zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages ist ein historischer Schritt zu einem demokratischeren, bürgernäheren und handlungsfähigen Europa getan. Nun gilt es die politischen Mehrheiten zu finden, um die Sozialunion gleichberechtigt neben die Wirtschaftsunion zu stellen.

## Mehr Leistungen, bessere Qualität und Transparenz

Am 14. März 2008 hat der Bundestag den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) beschlossen. Das Gesetz wird zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten, nachdem der Bundesrat bereits zugestimmt hat.

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Die gesetzliche Pflegeversicherung sichert erfolgreich das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit solidarisch ab. Sie hat in den letzten 12 Jahren viele pflegebedürftige Menschen vor der Abhängigkeit von Sozialhilfe bewahrt.

Die demographische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, die gesetzliche Pflegeversicherung zukunftsfähig zu machen, denn der Anteil der älteren und hochbetagten Menschen an der deutschen Bevölkerung wächst stetig. Es wird davon ausgegangen, dass 2030 etwa drei Millionen Menschen pflegebedürftig sein werden. Außerdem wird der Hilfebedarf der Pflegebedürftigen immer komplexer. Neben körperlichen Einschränkungen treten immer mehr geistige und psychische Defekte bis hin zu schweren Demenzerkrankungen auf.

### Ziel der SPD-Bundestagsfraktion

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, durch die Pflegereform die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär.

Mit dem Gesetz soll aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert werden. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen (poolen), helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben. Es folgen die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes:

### Schrittweise Erhöhung der Leistungsbeträge

Die ambulanten Sachleistungsbeträge sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben werden. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort sollen die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht werden:

Pflegestufe	Ambulante Sachleistung bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	384	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Außerdem soll das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben werden:

Pflegestufe	Pflegegeld bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen dadurch einem schleichenden Werteverfall. Deshalb sollen sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft werden. Erstmals soll dies im Jahr 2015 erfolgen. Der Orientierungswert für die Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung soll die kumulierte Preisentwicklung in den letzten abgeschlossenen drei Kalenderjahren sein. Ergibt die Überprüfung eine Notwendigkeit der Anpassung, so erlässt die Bundesregierung eine Rechtsverordnung. Dabei soll der Anstieg nicht höher sein als die Bruttolohnentwicklung. Außerdem soll der Anspruch auf Tages- und Nachtpflege ausgebaut werden. Neben dem Anspruch auf Tages- und

Nachtpflege soll auch ein 50-prozentiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld für die weiterhin zu Hause notwendige Pflege bestehen. Ebenso soll umgekehrt neben dem vollen Anspruch auf Geld- und Sachleistung ein hälftiger Anspruch auf Tages- und Nachtpflege eingeführt werden. Auch die Leistungen für die Tages- und Nachtpflege werden schrittweise angehoben.

### Pflege vor Ort koordinieren

Der SPD-Bundestagsfraktion liegt es am Herzen, die kommunale Infrastruktur auf eine älter werdende Gesellschaft auszurichten. Deshalb sollen künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen

len, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt werden. Es ist uns während der Fraktionsklausur in Bonn gelungen, diese wichtige Infrastrukturverbesserung gegen den Willen der Union durchzusetzen. Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, in denen ein sog. Fallmanagement durch qualifizierte Pflegeberater sowie umfassende und unabhängige, vernetzte Beratung angeboten wird, müssen von den Pflege- und Krankenkassen auf Antrag der Bundesländer eingerichtet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte für den Aufbau der Stützpunkte ursprünglich 80 Millionen Euro vorgesehen. Die Union war dazu nicht bereit, aber den Ländern stehen nun immerhin 60 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können mindestens 1.200 Beratungsbüros neu entstehen. Bei der Einrichtung der Pflegestützpunkte werden vorhandene Strukturen genutzt und bestehender Sachverstand wird gefragt sein. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass die Länder zahlreich die Einrichtung von Pflegestützpunkten beantragen werden, da das Konzept der Pflegestützpunkte konkurrenzlos gut ist und sich durchsetzen wird.

### **Eigener Leistungsanspruch für Demenzkranke**

Besonders erfreulich ist, dass die immer wieder geforderte neue Leistung für demenziell erkrankte Menschen nun Wirklichkeit werden kann. Einen zusätzlichen Leistungsbetrag sollen erstmals Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz wie Demenz-, Alzheimerkranke oder geistig Behinderte erhalten. Weniger pflegebedürftig Menschen erhalten 100 Euro, pflegebedürftigere Menschen erhalten 200 Euro pro Monat. Dieser Betrag soll zusätzlich zu den Pflegeleistungen gezahlt werden und auch von Menschen, die keine Pflege sondern Betreuung benötigen, in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus wurde auch auf Vorschlag der SPD vereinbart, in Heimen zusätzliche Betreuungsassistenten zu finanzieren. Diese sollen altersverwirrten Menschen helfen, ihren Tagesablauf zu bewältigen.

### **Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege**

Ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Pflegequalität und die Erhöhung der Transparenz im Pflegebereich. Hierzu ist unter anderem die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege vorgesehen. Weiterhin wird der Ausbau der Qualitätsprüfungen ab 2011 jährlich durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen stattfinden. Die Kontrollen sollen überwiegend ohne Ankündigung durchgeführt werden. Die Prüfergebnisse werden in verständlicher und leicht zugängli-

cher Form veröffentlicht, z. B. durch einen Aushang im Pflegeheim.

### **Pflegezeit für Angehörige**

Pflegende Angehörige sollen im Rahmen der sogenannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden können. Sie sollen in dieser Zeit über die Pflegekassen sozialversichert werden. Leider ist die Fraktion der CDU/CSU nicht bereit gewesen, den Vorschlag umzusetzen, für die kurzzeitige Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatzleistung über die Pflegekassen vorzusehen. Dies ist nicht nachvollziehbar: Denn ähnliche Regelungen gibt es bereits. Eltern, deren Kinder erkrankt sind, können z. B. bis zu 20 Tage Kinderpflege-Krankengeld beziehen. Auch Kinder, deren Eltern pflegebedürftig werden, sollten sich nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion ohne wirtschaftliche Nachteile um ihre Eltern kümmern können.

### **Gute Pflege kostet gutes Geld**

Es liegt auf der Hand, dass Verbesserungen in der Pflege nicht umsonst zu haben sind. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird zum ersten Mal seit 1995 um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent für Versicherte mit Kindern und auf 2,2 Prozent für Kinderlose erhöht. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 werden rund 1,3 Milliarden Euro betragen, da der Beitragssatz zum 1. Juni angehoben wird. In den Folgejahren werden sich die Mehreinnahmen auf 2,5 Milliarden Euro belaufen. Aus heutiger Sicht reicht die Beitragssatzerhöhung aus, um die Leistungen der Pflegeversicherung bis 2014/2015 sicherzustellen. Einen Anstieg der Lohnnebenkosten wird es nicht geben, da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

### **Union hat blockiert und fällt hinter Koalitionsvereinbarung zurück**

Die Pflegereform wird ein Erfolg werden. Dennoch bleiben für die SPD-Bundestagsfraktion für die Zeit nach 2009 zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung:

1. die bezahlte kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege und
2. die solidarische Finanzierung der Pflege.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb hält die SPD-Bundestagsfraktion an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für die SPD als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege bestehen.



## Zusätzliche Rentenerhöhung beschlossen

Die Erhöhung der gesetzlichen Rente richtet sich maßgeblich nach der Entwicklung der Bruttolöhne und Gehälter. Weil die Lohnentwicklung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Verzögerung folgt, sind die Bruttolöhne nur mäßig um 1,4 Prozent gestiegen. Weil die Rentenanpassung zusätzlich durch die „Riestertreppe“ gedämpft wurde, stiegen die Renten zum 1. Juli um gerade einmal 0,46 Prozent.

Das ist zu wenig, wenn auch die Rentnerinnen und Rentner am Aufschwung teilhaben sollen. Die Bundesregierung hat daher mit den Spitzen der Koalitionsfraktionen vereinbart, die Riestertreppe in diesem und im nächsten Jahr auszusetzen. Dadurch wird im Jahr 2008 die Rentenanpassung 1,1 Prozent betragen, also 0,64 Prozentpunkte mehr.

Dank der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung kann diese Maßnahme ohne eine Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung finanziert werden. Die Jüngeren werden also nicht belastet. Die langfristige finanzielle Stabilität der Rentenversicherung wird gewahrt. Die beiden ausgesetzten Stufen der Riestertreppe werden in den Jahren 2012 und 2013 nachgeholt.

### Warum eine Rentenerhöhung?

Ein wesentlicher Grund ist die Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand. Deutschland ist in der wirtschaftlichen Entwicklung auf einem guten Weg mit einem Wachstum von 2,5 Prozent in 2007 und prognostizierten 1,7 Prozent in 2008. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten zwei Jahren um über 1,4 Millionen zurückgegangen. Diese gute Tendenz schlägt sich allerdings bislang noch nicht ausreichend in den Bruttolöhnen nieder. Das zeigt auch, wie wichtig die öffentliche Debatte über die Bruttolohnhöhe in Deutschland ist und wie bedeutsam hier Mindestlöhne sein können.

Die Rentenanpassung läge nach geltendem Recht noch einmal deutlich unter der Lohnentwicklung. Das hat vor allem mit der sogenannten Riestertreppe in der Rentenanpassungsformel zu tun, also der Berücksichtigung der steigenden Aufwendungen der Beschäftigten für ihre zusätzliche Vorsorge. Die Stufen der Riestertreppe verlaufen bis 2011 gleichmäßig und berücksichtigen nicht die derzeit noch schwache Bruttolohnentwicklung. Sie dämpfen die Rentenanpassung um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte. Bei schwacher Bruttolohnentwicklung wie im Moment sorgen sie dafür, dass Rentensteigerungen faktisch ausbleiben.

Aber es kommen wichtige weitere Gründe hinzu. Mit der Reform der Pflegeversicherung bauen wir das Angebot für Pflegebedürftige, zum Beispiel für Demenzkranke, deutlich aus. Zur Finanzierung der verbesserten Leistungen wird zum 1. Juli 2008 der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,25 Prozentpunkte angehoben.

Diese zusätzliche Belastung spüren die Rentnerinnen und Rentner mehr als andere Gruppen, weil sie den vollen Pflegebeitrag tragen und zudem nicht von der deutlichen Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 4,2 auf 3,3 Prozent zum Jahresanfang profitieren.

Die Standardrente fällt aufgrund unserer Entscheidung in diesem Jahr um mehr als 13 Euro höher aus. Damit erhöhen wir Kaufkraft, stärken die Binnenkonjunktur und geben der wirtschaftlichen Erholung Perspektive. Denn noch wird unser Aufschwung vorwiegend vom Export und von Ausrüstungsinvestitionen getragen.

### Was wird passieren?

Aus den genannten Gründen haben die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen beschlossen, zu handeln:

- Die Große Koalition wird die „Riestertreppe“ in diesem und im kommenden Jahr aussetzen und so eine um jeweils rund 0,65 Prozentpunkte höhere Rentenanpassung in 2008 und 2009 möglich machen. Dies ist ohne Beitragssatzerhöhung möglich, weil die Rentenfinanzen aufgrund der verbesserten Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation bereits stabilisiert sind.
- Die ausgesetzten Stufen der Riestertreppe werden nach 2011 nachgeholt, denn sie bleibt grundsätzlich ein wichtiges Element der Anpassungsformel. Mit ihr werden die Aufwendungen der Jüngeren für den Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge auch bei der Rentenanpassung berücksichtigt. Im Übrigen ist sie zur Erreichung der Beitragssatzziele unverzichtbar.
- Die Nachhaltigkeitsrücklage wird weiter ausgebaut, um die gesetzliche Rentenversicherung auch in konjunkturellen Schwankungen finanziell nachhaltig zu sichern. Die Deutsche Rentenversicherung soll künftig eine Rücklage von bis zu 2,5 Monatsausgaben aufbauen können. Dadurch wird der Zeitraum ausgedehnt, in dem wirtschaftliche Schwächephase und Einnahmerückgänge ohne Beitragssatzerhöhung bewältigt werden können.
- Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen steigen die Renten zum 1. Juli 2008 um 1,1 Prozent. Entsprechend den Annahmen im Rentenversicherungsbericht ist ein Anstieg der Renten in dieser Größenordnung im Bundeshaushalt 2008 berücksichtigt.

### Warum ist dieser Schritt verantwortbar?

Mit den Rentenreformen der vergangenen Jahre haben wir die gesetzliche Rentenversicherung in ihrer langfristigen Plausibilität gestärkt und die Belastungen für die Jüngeren begrenzt. Das bescheinigen uns alle Rentenexperten. Auch mit den Veränderungen werden wir unsere Ziele erreichen, dass der Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20 % und bis zum Jahr 2030 nicht über 22 % liegt und dass gleichzeitig das gesetzlich fixierte Mindestsicherungsniveau vor Steuern von 46 % bis 2020 und von 43 % bis 2030 nicht unterschritten wird. Die generationengerechte Ausgestaltung und die langfristige Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben gewahrt.

Wir müssen in diesem und im nächsten Jahr allerdings besonders darauf achten, dass die Rentnerinnen und Rentner am einsetzenden Aufschwung teilhaben können. Deshalb ermöglichen wir den heutigen Rentnerinnen und Rentnern nach langen Jahren von Nullrunden oder Kleinstanpassungen eine Erhöhung ihrer Rente, die nicht üppig ist, aber ausschöpft, was möglich ist.

### „Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang bringen“

Am 14. März 2003, vor nunmehr fünf Jahren, hat Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag ein umfassendes Programm zur Reform des Arbeitsmarktes, zum Umbau der Sozialsysteme, für wirtschaftliches Wachstum und für eine bessere Familien-, Bildungs- und Forschungspolitik vorgelegt. Ein **höheres Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit, stabilere soziale Sicherungssysteme, rückläufige Neuverschuldung, mehr Geld für Kinderbetreuung, mehr Investitionen in Bildung und Forschung**, all dies sind konkrete Ergebnisse der Reformen, die wir seit 2003 durchgesetzt haben.

In der Familien- und Bildungspolitik haben wir entscheidende Weichen gestellt. Wir haben damit begonnen 4 Milliarden Euro für die Ganztagsbetreuung von Kindern zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Kommunen um 1,5 Milliarden Euro entlastet, um die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren auszubauen. Wir wollen damit die Bildungschancen für alle verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Wir haben den Kinderzuschlag eingeführt. Damit verhindern wir, dass Familien mit geringem Lohn in das ergänzende ALG II fallen.

- Wir haben Betriebsgründungen und -übernahmen im Handwerk erleichtert. Erfahrene Gesellen können inzwischen in fast allen Handwerksberufen ohne Meistertitel einen eigenen Betrieb gründen. Das schafft neue Arbeitsplätze.
- Im Bereich Bildung und Forschung haben wir den Pakt für „Forschung und Innovation“ ins Leben gerufen. Der Pakt stellt den großen Forschungsorganisationen bis zum Jahr 2010 einen jährlichen Mittelzuwachs von drei Prozent zur Verfügung. Mit dem Pakt haben wir einen entscheidenden Prozess eingeleitet, der zur Sicherstellung der innovativen Forschung in Deutschland beiträgt.
- Wir haben hunderttausende von Sozialhilfeempfängern aus dem Schattendasein der Arbeitslosigkeit herausgeholt. Bezieher von Arbeitslosengeld II sind in den Schutz der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einbezogen. Hiervon profitieren besonders die früheren Bezieher von Sozialhilfe. Außerdem werden ehemalige Sozialhilfeempfänger deutlich besser gefördert und durch die BA vermittelt als vor der Reform.
- Wir haben im Rahmen der Agenda 2010 eine Menge für den Ausbildungsmarkt getan. Wir haben Ausbildung erleichtert, indem wir die starren Ausbildungsanforderungen an die Ausbilder gelockert haben. Es braucht keinen Meister mehr, um ausbilden zu dürfen. Dies dürfen nun auch erfahrene Gesellen. Wir haben seinerzeit das Programm „JUMP Plus“ aufgelegt und viele Jugendliche durch spezielle Vermittlung der BA in Ausbildungen gebracht.

Die Agenda 2010 war nötig und richtig. Sie hat Deutschland wieder nach vorne gebracht. Inzwischen ist Deutschland wieder die Wachstumslokomotive in Europa:

- Seit 2003 haben bislang knapp 6.400 Ganztagschulen von der Förderung aus dem 4-Milliarden-Programm profitiert,
- 2003 hat der Bund 8,3 Milliarden Euro für Forschung und Bildung zur Verfügung gestellt, 2008 sind es 9,3 Milliarden Euro,
- 2003 wurden 557.634 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, 2007 waren es 625.900,
- 2003 betrug die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 4,38 Millionen, 2007 waren es 3,78 Millionen,
- 2003 waren 516.000 Jugendliche unter 25 arbeitslos, 2007 waren es 405.000,
- 2003 hatten wir 38,7 Millionen Erwerbstätige, 2007 waren es 39,7 Millionen,
- 2003 lag das Wirtschaftswachstum bei -0,2 %, 2007 bei +2,5 %,
- 2003 lag der Eingangssteuersatz bei 19,9 %, 2007 bei 15 %,
- 2003 lag die Neuverschuldung des Bundes bei 38,6 Milliarden Euro, 2007 bei 14,3 Milliarden Euro,
- 2003 lagen die Sozialversicherungsbeiträge bei knapp über 42 %, 2007 bei 39,7 %.

Wir Sozialdemokraten haben mit der Agenda 2010 mutig die Konsequenzen daraus gezogen, dass die Globalisierung unser Land immer stärker beeinflusst und dass wir davor nicht die Augen verschließen können. Globalisierung ist eine Realität, mit der wir umgehen müssen. Und wir haben zur Kenntnis genommen, dass unsere sozialen Sicherungssysteme durch die demographischen Veränderungen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gekommen sind.

Inzwischen werden wir von anderen Ländern in Europa, die nicht den Mut zu solch umfassenden Reformen hatten, beneidet. Deshalb können wir stolz darauf sein, vor fünf Jahren den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Die Erfolge geben uns Recht.

Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang bringt. Während am linken Rand die einen nur von Verteilung fabulieren, denken die anderen nur in wirtschaftlichen Kategorien und reduzieren Arbeitnehmer auf Kostenbestandteile im Produktionsprozess.

Deshalb sind wir Sozialdemokraten die Partei der Mitte, des sozialen Ausgleichs und der wirtschaftspolitischen Vernunft.

**Dr. Peter Struck**

**Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**



### SPD setzt eine Vielzahl von Initiativen und Programmen um

Die Handschrift der Sozialdemokraten in der Großen Koalition ist deutlich. Die SPD hat auch in den vergangenen zweieinhalb Jahren viel Gutes für Deutschland durchgesetzt.

#### Die Arbeitslosigkeit sinkt

Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hält weiter an. Die Arbeitslosigkeit ist auch in den vorangegangenen Monaten deutlich gesunken: 3,507 Millionen Menschen waren im März arbeitslos gemeldet, 110.000 weniger als im Vormonat. Im Vorjahresvergleich ging die Arbeitslosenzahl sogar um 617.000 zurück.

Erfreulich ist außerdem, dass die Zahl der Beschäftigten weiter zunimmt. Im Februar waren 39,6 Millionen Menschen erwerbstätig, 532.000 mehr als im Februar letzten Jahres. Mehr als die Hälfte des Zuwachses entfällt dabei auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Mit 27,07 Millionen Menschen liegt auch diese Zahl um 610.000 höher als im letzten Jahr.

Diese Zahlen belegen: Die Reformen der Großen Koalition am Arbeitsmarkt und das 25-Mrd.-Euro-Impulsprogramm zeigen Wirkung. Trotz der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt kann und will sich die SPD mit der aktuellen Situation jedoch nicht zufrieden geben. Nach wie vor sind in Deutschland zu viele Menschen arbeitslos. Deutschland braucht daher einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen Chancen eröffnet, für sich selbst und ihre Familien zu sorgen und für das Alter vorzusorgen. Hierfür müssen die Voraussetzungen auch nach Umsetzung der „Agenda 2010“ weiter verbessert werden. Die SPD will zusätzliche Anreize dafür schaffen, dass Arbeitgeber/-innen Arbeitsplätze bereitstellen und Arbeitnehmer/-innen Arbeitsplätze auch annehmen.

#### Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Für viele Langzeitarbeitslose besteht aktuell und mittelfristig keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt. Ihre Zahl wird auf bis zu 600.000 Personen geschätzt. Auch die Zahl derjenigen Jugendlichen, die schon im Vorjahr oder früher eine Ausbildungsstelle gesucht haben, sog. Altbewerber, ist dramatisch angestiegen.

Diese Entwicklung ist für die SPD nicht hinnehmbar. Die Große Koalition hat deshalb die Initiative ergriffen und im Deutschen Bundestag zwei Gesetze beschlossen, die Abhilfe schaffen sollen. Es handelt sich um ein Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen sowie ein Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des SGB II sollen sozialversicherungspflichtige Beschäfti-

gungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose geschaffen werden, die absehbar nicht mit den üblichen Instrumenten in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Das ist ein entscheidender Durchbruch, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu geben. Der Beschäftigungszuschuss bietet 100.000 Menschen Chancen auf Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Die neue Regelung trat am 1. Oktober 2007 in Kraft.

Das Gesetz sieht vor, dass im SGB II ein Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent als neue Arbeitgeberleistung eingeführt wird, um die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von arbeitsmarktfernen Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen zu fördern. Die Förderdauer beträgt in aller Regel 24 Monate. Zudem sind pauschalierte Kostenzuschüsse für eine begleitende Qualifizierung möglich.

Gefördert wird die Einstellung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, langzeitarbeitslos sind und mehrfache Vermittlungshemmnisse aufweisen, bei denen eine mindestens sechsmonatige Aktivierung nicht zum Eingliederungserfolg geführt hat und bei denen eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt innerhalb der nächsten 24 Monate nicht zu erwarten ist. Für dieses Programm stehen ab dem ersten Jahr der vollen Wirksamkeit jährlich 1,4 Mrd. Euro zur Verfügung.

Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch wurden u. a. ein Eingliederungszuschuss sowie ein Qualifizierungszuschuss zum 1. Oktober 2007 eingeführt.

Der Eingliederungszuschuss zielt auf Jugendliche unter 25 mit Berufsabschluss, der Qualifizierungszuschuss dagegen auf Jugendliche unter 25 ohne Berufsabschluss ab. Beide Zuschüsse sind Ermessensleistungen; der Eingliederungszuschuss wird in Höhe von 25 bis höchstens 50 Prozent und der Qualifizierungszuschuss in Höhe von 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Bruttoarbeitsentgelts geleistet. Mit diesen zwei Gesetzentwürfen wurde ein zentrales Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe "Arbeitsmarkt" umgesetzt.

Am 10. April 2008 hat der Deutsche Bundestag zudem den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen auf den Weg gebracht.

Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in den letzten Jahren ist positiv. Laut Ausbildungsplatzbilanz 2007 sind im letzten Jahr erstmals seit 2001 wieder mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Trotzdem ist die Zahl von Altbewerberinnen und -bewerbern auf über 50 Prozent gestiegen. Dies sind Jugendliche, die bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem



Ausbildungsplatz sind – in der Regel mehr als ein Jahr nach Verlassen der Schule. Mit dem Gesetzentwurf greift die Bundesregierung drei wesentliche Kernpunkte des Konzepts "Jugend – Ausbildung und Arbeit" auf. Durch sie sollen bis 2010 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Initiative ging von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz aus und ist ein Teil der Qualifizierungsinitiative "Aufstieg durch Bildung" der Bundesregierung.

Erster Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist der Ausbildungsbonus. Dieser wird an Arbeitgeber gezahlt, die Altbewerberinnen und -bewerber einstellen, die maximal über einen schlechten Realschulabschluss verfügen, seit bereits mehr als einem Jahr vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen oder individuell benachteiligt sind. Damit dies nicht zu Lasten anderer Bewerberinnen und Bewerber geht, ist der Ausbildungsbonus an das Merkmal eines zusätzlichen Ausbildungsplatzes geknüpft. Die Arbeitgeber können bis zu 6.000 Euro pro Altbewerberin und -bewerber ausgezahlt bekommen. Gekoppelt ist der Betrag an die Höhe der Ausbildungsvergütung. Die Finanzierung erfolgt durch die Bundesagentur für Arbeit. Damit die Ausbildung gut läuft, bietet diese mit den ausbildungsbegleitenden Hilfen zusätzlich Unterstützung während der Ausbildung an.

Zweiter Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Berufseinstiegsbegleitung. Schülerinnen und Schüler sollen beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beschäftigung unterstützt werden. Der dritte Kernpunkt bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung einer zweiten beruflichen Berufsausbildung. Junge Menschen können mit finanzieller Hilfe rechnen, wenn zu erwarten ist, dass eine berufliche Eingliederung dauerhaft auf andere Weise nicht erreicht werden kann.

### **Perspektiven jenseits der Sozialhilfe**

Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 1. Januar 2005 war und ist richtig. Damit wurden Hunderttausende aus der Sackgasse der Sozialhilfe in die Arbeitsvermittlung geholt. Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt zeigen Wirkung. Die SPD weiß aber auch, dass die Zielgenauigkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ständig weiter entwickelt werden muss. Damit die Grundsicherung für Arbeitsuchende funktioniert, bedarf es weiterhin flexibler Anpassungen. Mit dem SGB II-Fortentwicklungsgesetz wird das System der Grundsicherung für Arbeitsuchende effizienter und funktionsfähiger ausgestaltet. Die Große Koalition orientiert sich damit an den Leitlinien: Überwindung von Hilfebedürftigkeit statt Verwaltung von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit.

Um vor allem Rentnern und Familien mit Kindern zu helfen, werden rund 840.000 Haushalte zum 1. Januar 2009 Wohngeld erhalten. Das Wohngeld wird von durchschnittlich 90 auf 142 Euro erhöht (+60 Prozent).

### **Arbeitnehmerentsendegesetz**

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, dass mehr als 1 Mio. Menschen Zuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit brauchen, um über die Runden zu kommen, obwohl sie arbeiten. Deshalb hat die SPD das Thema Mindestlohn und Arbeitnehmerentsendegesetz auf die Tagesordnung gesetzt.

Einen Anfang zur Setzung von Mindeststandards hat die Große Koalition bereits im März 2007 mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerentsendegesetzes gemacht. Bis zum 31. März 2008 haben Sozialpartner aus acht Branchen ihren Wunsch geäußert, ihre Branche zusätzlich in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufzunehmen. Es handelt sich dabei um die Branchen: 1. Arbeitnehmerüberlassung (Leih-/Zeitarbeit), 2. Pflegedienste (Altenpflege), 3. Wach- und Sicherheitsgewerbe, 4. Abfallwirtschaft, 5. Weiterbildung, 6. forstliche Dienstleistungen, 7. textile Dienstleistungen im Objektkundenbereich und 8. Bergbauspezialarbeiten.

Bisher gilt ein Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz für das Baugewerbe, für die Gebäudereiniger und die Briefdienstleistungen. Geschützt vor Dumpinglöhnen und Lohnkonkurrenz werden dadurch derzeit etwa 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber. In den acht Branchen, die nunmehr ihr Interesse auf Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz bekundet haben, sind ca. 1,57 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig.

Für alle Branchen, in denen die tarifgebundenen Arbeitgeber eines Wirtschaftszweiges bundesweit oder regional weniger als 50 Prozent der unter den Geltungsbereich aller Tarifverträge fallenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, greift das modernisierte Mindestarbeitsbedingengesetz. Es wird also keine "weißen Flecken" geben, bei denen eine Mindestlohnregelung nicht möglich ist. Mit den beiden Gesetzen wird auf Betreiben der SPD die Grundlage dafür geschaffen, flächendeckend Wettbewerb über Lohndumping zu verhindern. Damit schützt die SPD die ehrlichen Unternehmen vor unfairer Billigkonkurrenz. Der Wettbewerb soll über bessere Produkte und Dienstleistungen, besseres und effizienteres Management und klügere Ideen stattfinden, nicht über die Höhe der Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### **Hilfen für Selbstständigkeit**

Seit Juli 2006 gibt es für Arbeitslose, die sich selbstständig machen, einen Gründungszuschuss. Demnach erhalten Gründer zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der ersten Phase nach der Gründung einen neunmonatigen Zuschuss in Höhe ihres individuellen Arbeitslosengeldes. Zur sozialen Absicherung wird in dieser Zeit zusätzlich eine Pauschale von 300 Euro gezahlt, die es den Gründern ermöglicht, sich freiwillig in den gesetzlichen Sozialversicherungen abzusichern. In einer zwei-

ten Förderphase wird für sechs Monate die Pauschale für die Sozialversicherung gezahlt. Dieses neue Förderinstrument mit einer maximalen Förderdauer von 15 Monaten steht seit dem 1. August 2006 zur Verfügung.

### **Beschäftigungschancen älterer Menschen**

Seit 2001 wurden mehrere befristete arbeitsmarktpolitische Instrumente eingeführt, um Arbeitsuchende leichter in Beschäftigung zu bringen und die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit zu fördern. Einige Förderprogramme, die bis Ende 2005 befristet waren, wurden mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze verlängert, insbesondere für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die SPD versteht Weiterbildung als präventive Arbeitsmarktpolitik. Auch hier hat die SPD die Initiative ergriffen. Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen (Initiative 50 plus), das der Deutsche Bundestag im März 2007 verabschiedet hat, werden Fördermaßnahmen fortgeführt bzw. neu konzipiert. Die bestehende Regelung zur Weiterbildungsförderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben wurde erweitert und attraktiver gestaltet. Beschäftigte können nun bereits ab dem 45. Lebensjahr und in Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten Förderleistungen erhalten. Die Kosten der Weiterbildung übernimmt die Bundesagentur für Arbeit.

Um die Unternehmen zu ermutigen, mehr Ältere einzustellen, wird die erleichterte Befristung von Arbeitsverträgen als Dauerregelung und im Einklang mit dem EU-Recht gestaltet. Die Altersgrenze für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund wird dauerhaft auf das 52. Lebensjahr festgelegt.

### **Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I**

Nach hartem und zähem Ringen mit dem Koalitionspartner ist es gelungen, das Arbeitslosengeld I für Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verlängern und auch die Zwangsverrentungen abzuwenden. Im Jahre 2005 scheiterte die SPD noch am Widerstand der Union im Bundesrat.

Für Arbeitslose im Alter von 50 bis 54 Jahren erhöht sich mit der Neuregelung die maximale Bezugsdauer des ALG I auf 15 Monate. Voraussetzung ist eine Vorversicherungszeit von 30 Monaten. Ab 55 Jahren verlängert sich die Zahldauer auf 18 Monate, wenn 36 Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Jahren vor der Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden können. Ab 58 Jahren erhöht sich der Anspruch auf die Höchstzahldauer von 24 Monaten. Um in den Genuss dieser Verlängerung zu kommen, sind 48 Monate Vorversicherungszeit erforderlich.

Das Gesetz enthält zugleich eine Regelung, mit der Frühverrentungen von Langzeitarbeitslosen vor

Vollendung des 63. Lebensjahres verhindert werden. Dafür hat sich die SPD energisch und hartnäckig eingesetzt. Das nun beschlossene Gesetz begrenzt die Rentenabschläge auf höchstens 7,2%. Auch dies soll rückwirkend zum 1. Januar 2008 gelten. Betroffene, die seit Jahresbeginn bereits in vorgezogene Rente geschickt wurden oder noch werden, können wieder zurückwechseln. Damit entsteht den Arbeitslosen kein Schaden aus der verzögerten Verabschiedung.

### **Die Sozialversicherungsbeiträge sinken**

Die Sozialversicherungsbeiträge liegen wieder unter 40 Prozent. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) ist Anfang des Jahres 2007 von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent gesunken. So niedrig war der AV-Beitrag seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Besonders wichtig: Der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung liegt unter der 20-Prozent-Marke.

Niedrigere Sozialabgaben machen Arbeit in Deutschland wettbewerbsfähiger, erhöhen die Realeinkommen und helfen zudem insbesondere auch gering qualifizierten Menschen, einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Deshalb ist es richtig, dass die Sozialversicherungsbeiträge dauerhaft unter 40 Prozent des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgeltes liegen.

Die Große Koalition hat den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung – zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung überhaupt – kräftig gesenkt, von 6,5 Prozent auf 4,2 Prozent. Für einen Arbeitnehmer, der 2.500 Euro brutto im Monat verdient, bedeutet das, dass er seit dem 1. Januar 2007 monatlich 28,75 Euro mehr zur Verfügung hat. Im Jahr 2007 liegen damit die Sozialversicherungsbeiträge wieder unter 40 Prozent. Der Anteil der Arbeitgeber liegt sogar unter 20 Prozent.

In einem weiteren Schritt wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,9 Prozent zum 1. Januar 2008 gesenkt.

### **Ausblick**

Die Arbeitswelt wandelt sich. Flexibilität, Mobilität und soziale Risiken haben enorm an Bedeutung gewonnen. Für die SPD ist jedoch klar: Soziale Sicherheit und rechtlicher Schutz müssen auch in Zukunft gewährleistet bleiben. Flexibilität braucht Sicherheit und darf nicht zu prekären Arbeitsverhältnissen führen.

Der Aufschwung soll bei den Menschen ankommen – auch und gerade bei den Geringverdienern. Die SPD will, dass Menschen von ihrer Arbeit selbstständig leben können. „Gute Arbeit“ – wie die SPD sie in ihrem Bremer Entwurf im Januar 2007 definiert hat – muss ordentlich bezahlt werden. Eines steht fest: Die SPD wird in der Großen Koalition auch weiterhin und wo nötig gegen den Widerstand der Union für sozialdemokratische Akzente sorgen.

## Neufassung des Stammzellengesetzes

Am 11. April 2008 hat der Deutsche Bundestag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Stammzellgesetzes der Initiatoren **René Röspel, Ilse Aigner, Jörg Tauss, Thomas Rachel** und **Carola Reimann** beschlossen. (René Röspel (SPD) hatte seine Positionen bereits im letzten Jahr auch in Köln im Rahmen einer Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten vorgestellt.) Auch Martin Dörmann hat dem Gesetz zugestimmt.

Es standen insgesamt vier Gesetzentwürfe und ein Gruppenantrag zur alternativen Abstimmung.

### **Stammzellgesetz von 2002**

Der Deutsche Bundestag hatte es mit dem am 25. April 2002 mit großer Mehrheit beschlossenen Stammzellgesetz ermöglicht, in engen Grenzen die Forschung mit embryonalen Stammzelllinien in Deutschland durchführen zu können, ohne dass von Seiten der deutschen Forschung die Gewinnung embryonaler Stammzellen oder eine Erzeugung von Embryonen zu diesem Zweck veranlasst wird. Zu den Voraussetzungen gehört, dass die Zellen im Herkunftsland vor dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden. Diese Stichtagsregelung ermöglicht der Forschung den Zugriff auf bereits bestehende Stammzellen, ohne dass dadurch eine Anreizwirkung zur Tötung von Embryonen im Ausland ausgeht. Auf diese Weise wurde ein Kompromiss zwischen dem ethischen Ziel des Embryonenschutzes und der grundrechtlich garantierten Forschungsfreiheit gefunden.

### **Stichtagsverschiebung notwendig?**

Durch den Rückgang der Zahl der für die deutsche Forschung zur Verfügung stehenden menschlichen embryonalen Zelllinien, die vor dem Stichtag etabliert wurden, besteht nunmehr jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass zukünftig Forschung mit embryonalen Stammzelllinien in Deutschland nicht mehr im bisherigen und beabsichtigten Umfang durchgeführt werden kann. Hinzu kommt, dass sich inzwischen herausgestellt hat, dass die vor dem 1. Januar 2002 etablierten menschlichen embryonalen Stammzellen unter nicht ganz optimalen Kulturbedingungen kultiviert worden sind, so dass der wissenschaftliche Nutzen dieser Stammzellen als deutlich eingeschränkt angesehen wird. Außerdem klagen Wissenschaftler über mangelnde Rechtssicherheit und drohende Strafen, wenn sie sich an internationalen Forschungsprojekten beteiligen.

Vor diesem Hintergrund hat sich in den vergangenen Monaten eine neue Debatte über Möglichkeiten und Grenzen der embryonalen Stamm-

zellforschung entwickelt, die zu den fünf, in dieser Woche diskutierten, fraktionsübergreifenden Initiativen geführt hat.

### **Einmalige Verschiebung erhält Ziel des Gesetzes aufrecht**

Durch die nun beschlossene Gesetzesänderung wird eine einmalige Anpassung der Stichtagsregelung vorgenommen. Diese Grundausrichtung des Gesetzes bleibt durch die einmalige Veränderung des Stichtages erhalten. Gleichzeitig werden durch eine Anpassung des Stichtages die Möglichkeiten zur Grundlagenforschung mit embryonalen Stammzellen in Deutschland verbessert. Zu den wichtigen Zielen dieses Forschungszweigs zählt dabei die Gewinnung von neuen Erkenntnissen über zellbiologische Prozesse, die insbesondere auch der Forschung mit adulten Stammzellen zugute kommen sollen.

Seit Verabschiedung des Stammzellgesetzes wurden international mehrere hundert Stammzelllinien etabliert, die teilweise unter den inzwischen standardisierten Bedingungen isoliert und kultiviert worden sind. Durch eine Verschiebung des Stichtages erhalten deutsche Forscherinnen und Forscher im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich Zugang zu diesen Zellen. Des Weiteren lassen sich durch eine Verschiebung des Stichtages die von der Wissenschaft angeführten Probleme durch Patentregelungen sowie durch „Material Transfer Agreements“ deutlich reduzieren.

### **Neuer Stichtag am 1. Mai 2007 und mehr Rechtssicherheit**

Der neue Stichtag wurde mit dem 1. Mai 2007 so gewählt, dass er nicht zu weit in die Vergangenheit zurückverlegt wird. Denn es wird nicht davon ausgegangen, dass im Rahmen des Vorfeldes der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2007 in der vagen Hoffnung einer Veränderung der Stichtagsregelung des deutschen Stammzellgesetzes „auf Vorrat“ Stammzelllinien durch den Verbrauch menschlicher Embryonen im Ausland für die Forschung in Deutschland hergestellt wurden.

Der Stichtag bleibt auch nach einer Verschiebung ein praktisch wirksames und effektives Mittel zur Steuerung der menschlichen embryonalen Stammzellforschung in Deutschland und bildet die Basis für einen ethisch breit akzeptierten Umgang mit diesem Forschungsfeld.

Außerdem gibt das Gesetz mit einer klarstellenden Begrenzung der Strafbewehrung auf das Inland den Forschern überdies mehr Rechtssicherheit.



## Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



### Vorgestellt: Thomas Oppermann

### Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

## Biografie

Geboren am 27. April 1954 in Freckenhorst, Landkreis Warendorf (NRW); drei Töchter, ein Sohn.



#### Beruflicher Werdegang

Studium der Germanistik und Anglistik in Tübingen. 1976 bis 1978 USA-Aufenthalt mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Washington D. C. und New York; Mitarbeiter im Boykott-Büro der Feld- und Wanderarbeitergewerkschaft UFW/AFL-CIO.

Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen, 1983 Referendarexamen, danach wissenschaftliche Hilfskraft und Arbeit in der Mieterberatung, 1986 Assessorexamen. 1986 bis 1990 Richter an den Verwaltungsgerichten Hannover und Braunschweig; 1988 bis 1989 Rechtsdezernent bei der Stadt Münden.

#### Politischer Werdegang

**Seit 1980** Mitglied der SPD, seit 1989 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Göttingen.

**1990 bis 2005** Mitglied des Niedersächsischen Landtags, dort 1990 bis 1998 Rechtspolitischer Sprecher.

**1998 bis 2003** Minister für Wissenschaft und Kultur.

**2003 bis 2005** Wirtschaftspolitischer Sprecher des Niedersächsischen Landtags.

**Seit 2005** Mitglied des Deutschen Bundestages.

**März 2006 bis November 2007** Obmann der SPD-Fraktion für den 1. Untersuchungsausschuss.

**Seit November 2007** 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

## 10 persönliche Fragen an Thomas Oppermann

### 1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Ich habe keine Vorbilder, denen ich nacheifere. Aber ich bin tief beeindruckt von den Lebensleistungen unserer sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder.

### 2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Bill Clinton.

### 3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Im Sommer fahre ich mit meiner Familie seit fast 10 Jahren an den Darß in Nordvorpommern. Im Übrigen bin ich gern in Italien.

### 4. Ihre Leidenschaften?

Gutes Essen, gute Bücher, interessante Menschen.

### 5. Ihr politisches Leitmotiv?

Soziale Gerechtigkeit kommt nicht von selbst, sondern ist immer das Ergebnis politischer Einmischung.

### 6. Ihre Lieblingsfilme?

Früher Karl May – Filme, später Werner Herzog („Aguirre – Der Zorn Gottes“), auch gern Melodramen wie „Der englische Patient“ oder „Jenseits von Afrika“ oder deutsche Komödien wie „Good bye Lenin“ oder „Rossini“. Der beste Film seit langem: „Das Leben der anderen“

### 7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingslieder?

Ich höre gern Barock-Opern und mag Eric Clapton.

### 8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Eine Kiste Bücher, eine Kiste Wein und meine Frau.

### 9. Ihre Lieblingsbücher?

Die besten deutschen Romane: in der ersten Hälfte „Die Buddenbrooks“ und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts „Die Blechtrommel“.

### 10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über alles und jeden, gern auch über mich selbst.

### Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

### Infos zu Martin Dörmann, MdB

#### Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

#### Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

#### SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

### Büroanschriften

#### Martin Dörmann, MdB

#### Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

**eMail:** [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

**Internet-Homepage:**

**[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

**eMail:**

[martin.doermann@wk.bundestag.de](mailto:martin.doermann@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Ralf Steinmeier

(Webmaster Homepage)

**eMail:**

[newsmail@netcologne.de](mailto:newsmail@netcologne.de)

#### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

**eMail:** [koelner-spd-](mailto:koelner-spd-mdb@netcologne.de)

[mdb@netcologne.de](mailto:mdb@netcologne.de)



## IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

**Herausgeber:** Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

**Redaktion dieser Ausgabe:** Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt

**Bildnachweis:** Deutscher Bundestag (Seiten 1, 2, 18), SPD-Parteivorstand (18), NRWSPD (4, 5), Hermann Pichler (3), Christoph Wiemann (3)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de) (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

**Frühere Ausgaben** sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de).

